

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

weniger.älter.bunter.

Das Miteinander der Generationen -

den Demografischen Wandel gestalten.

Mit diesem Beitrag regt die zuständige Projektgruppe der SPD-Bundestagsfraktion eine Debatte zum Thema „Miteinander der Generationen im Demografischen Wandel“ an. Sie soll Ausgangspunkt für die Erstellung eines Orientierungspapiers zum Thema durch die Fraktion bis Sommer 2012 sein.

Wir freuen uns auf den Einstieg in eine spannende Diskussion dazu.

Unser Projekt heißt Zukunft. Jetzt anmelden und mitarbeiten:

<http://zukunftsdialog.spdfraktion.de>

(Stand 23. März 2012)

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

Diskussionsbeitrag zu Grundsätzen und wichtigen Handlungsfeldern einer zielführenden Strategie des Demografischen Wandels.

Der Demografische Wandel ist vor allem Ausdruck der individuellen Lebensentwürfe der Menschen; er ist aber auch Ergebnis der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen.

Es gibt erhebliche Veränderungen bei den Bevölkerungszahlen (von 81 Mio. Einwohner auf 65-70 Mio. in 2050, bei Netto-Zuwanderung 100.000 jährlich), in den Altersstrukturen (Altenquotient sinkt von 6:1 (1960) über heute 3:1 auf 2:1 in 2030 und sinkt danach auch weiter), in der Arbeitswelt und in den Lebensweisen der Menschen (Kleine Familien, hohe Mobilität, weniger Ehen, hohe Zahl Alleinerziehender, Neben- und Miteinander von Kulturen, neue Strukturen der Arbeitswelt, prekäre Arbeitsverhältnisse). In den anderen europäischen Ländern sind die Entwicklungen ähnlich. Global wird die Zahl der Menschen bis 2050/60 allerdings um weitere rd. 3 Mrd. auf knapp 10 Mrd. anwachsen. Ganz ohne Einfluss auf unser Land sind die europäischen und die globalen Entwicklungen nicht und sie müssen mit bedacht werden.

So komplex die Herausforderung auch ist: Deutschland muss auch in Zukunft ein Land sein mit hohem Wohlstandsniveau, ökonomisch erfolgreich, ökologisch vernünftig, sozial gerecht und stabil, demokratisch bestimmt, friedlich, ein starkes Stück Europa.

Damit das gelingt, erfordert es pragmatisches Handeln der Gesellschaft und der Politik. Erfordert aber auch den Mut zum Aufbruch jetzt und ausdauernden Einsatz im Sinne der genannten Zielsetzungen. Der Demografische Wandel ist gestaltbar.

Wir wollen das Erreichte nicht einfach irgendwie in die Zukunft verlängern. Wir haben den Anspruch, auch mit der Gestaltung des Demografischen Wandels dazu beizutragen, dass im Großen wie im Kleinen es gut bleibt für die Menschen und möglichst besser wird.

Der Mensch, das Individuum, muss im Mittelpunkt eines demokratisch und sozial bestimmten Gesellschaftsentwurfs stehen, den die Politik mitentwickeln und mitverantworten und in erheblichen Teilen organisieren muss.

Wir wollen dazu eine **offene Debatte und einen transparenten Prozess**.

Das Miteinander der Generationen in der Gestaltung des Demografischen Wandels erfordert eine Politik der Nachhaltigkeit, mittel- und langfristige Verlässlichkeit. Und die Vernetzung mit den wichtigen Akteuren aus Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.

Gute Zukunftspolitik gelingt nicht im Verborgenen. Die teils anspruchsvollen Wege, die gegangen werden müssen, brauchen die Zustimmung der Mehrheit der Menschen und ihre Unterstützung. Dafür werben wir.

Offene Debatte und transparenter Prozess, das heißt eben auch:

In regelmäßigen Abständen muss Rechenschaft abgelegt werden über das Erreichte und müssen nächste Schritte vereinbart werden. Sinnvoll sind verbindliche Indikatoren, mit deren Hilfe die Gestaltung des demografischen Wandels begleitet und gemessen wird. Die federführende Verantwortung für die Steuerung des Prozesses muss klar benannt sein.

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

In 17 Punkten benennen wir Handlungsfelder, Vorschläge und Forderungen, die uns speziell für die Gestaltung des Demografischen Wandels besonders wichtig scheinen.

1. Das Miteinander ist entscheidend.

Das Miteinander der Generationen. - Eine solidarische Gesellschaft, die für heute sorgt und die die Zukunftsfähigkeit dauerhaft gewährleistet. Der Respekt für jeden Menschen jeden Alters gehört dazu. Und die Bereitschaft, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren; für die Gemeinschaft und ehrenamtlich aktiv zu sein.

Das Miteinander in Gerechtigkeit. - Menschen sind unterschiedlich stark. Alle haben das Recht auf die Chancen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Auch deshalb brauchen wir eine inklusive Gesellschaft. Der Sozialstaat in Deutschland ist lebendig und unentbehrlich. Aber es gibt auch immer wieder neue Verirrungen: Sittenwidrig niedrige und sittenwidrig hohe Löhne zum Beispiel. Sie sind mit der Verpflichtung auf ein Miteinander in Gerechtigkeit nicht vereinbar und dürfen so nicht bleiben.

Das Miteinander der Kulturen. - Wer hier lebt und das Grundgesetz mit seinen freiheitlichen und demokratischen Maximen respektiert, der gehört zu unserem Land dazu, was immer sonst seine kulturelle Identität ist. Kulturelle Vielfalt bereichert unsere Gesellschaft.

Das Miteinander in der Politik. - Die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen / Regionen –in gewisser Weise auch Europas- muss geklärt und im Handeln koordiniert sein. Um dies zu gewährleisten, sind klare Organisationsstrukturen notwendig, die verdeutlichen, dass der Demografische Wandel alle politischen Ebenen angeht und in die Pflicht nimmt.

Zum sinnvollen Miteinander in der Politik gehört es auch, eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung anzulegen, die Schuldenaufnahme begrenzt, Substanzverlust vermeidet und dem Gebot der Nachhaltigkeit genügt.

Das Miteinander in Europa muss immer wieder und auch unter hohem Einsatz gefestigt werden. Es muss aber auch gestaltet werden hin zu einem demokratischen und sozialen Europa.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Die Nachhaltigkeit von Politik muss in ihrem operationalen Ansatz messbar gemacht werden und verbindlich sein.
- Die Politik braucht eine institutionalisierte Beratung im Sinne einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
- Der Sozialstaat mit seinen Rechten und Pflichten darf nicht aufgeweicht werden. Er muss zukunftsfest sein und deshalb im Sinne der umfassenden Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Sozialversicherungen stabilisiert werden.
- Die EU Bürgerschaft muss für die Menschen in der EU Bedeutung und Attraktivität gewinnen.

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

- Die Zuständigkeit und Verantwortung für die Aufgabe „Gestaltung des Demografischen Wandels“ muss in Parlament und Regierung klar zugeordnet sein.

2. Jedem Kind verbindliche Chancen.

Bildung ist Menschenrecht. Jedes Kind hat Anspruch auf Bildung und Erziehung. Die Freiheit des Individuums gewinnt hier eine entscheidende Dimension. Nämlich Orientierung und die Fähigkeit junger Menschen, ihre eigenen Lebenschancen zu nutzen.

Politik muss Bedingungen schaffen helfen, in denen Kinder willkommen sind.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Es muss weiter mit Nachdruck daran gearbeitet werden, jedem Kind durch gebührenfreien Besuch von Kita und durch qualifizierte Schulbildung Lebenschancen zu eröffnen.
- Inklusion muss ein gesamtgesellschaftliches Prinzip sein, ist aber besonders wichtig im Bemühen, Kinder mit Behinderung ins Regelsystem aufzunehmen. Kinder mit und ohne Behinderung müssen von Anfang an gemeinsam lernen und leben.
- Bürgerschaftliches Engagement zur Förderung von Kindern und Jugendlichen ist anzuregen und zu unterstützen.
- Die Wertschätzung für erziehende Berufe, gerade im Bereich Kita und Grundschule muss verbessert werden; das muss sich auch in der Bezahlung ausdrücken.

3. Jedem Jugendlichen einen Anspruch auf Teilhabe- und Berufschancen.

Der Übergang von Schule in Ausbildung, Studium, Beschäftigung, Sonderprogrammen muss garantiert sein. Hier entscheidet sich für junge Menschen weitgehend, ob und wie sie in der Arbeitsgesellschaft ihren Platz finden und ihre spezifischen Fähigkeiten entwickeln können. Das gilt auch für Jugendliche mit Behinderungen.

Jugend ist eine eigenständige Phase. Jugendliche brauchen Freiräume zum Ausprobieren. In dieser Lebensphase muss neben Schule und Ausbildung genügend Zeit für ehrenamtliches Engagement und Teilhabe bleiben. Das bietet jungen Menschen die Chance, neue Fähigkeiten an sich zu entdecken und Einblick in bislang unbekannte Lebenswelten zu erhalten und sich zusätzliche Kompetenzen zu erarbeiten.

Jugendliche müssen eingeladen werden sich einzumischen und aktiver Teil einer lebendigen Demokratie zu sein. Dazu trägt auch politische Bildung bei.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Für jeden Jugendlichen muss garantiert sein, dass sie/er nach der Schulentlassung einen Ausbildungsplatz findet. Das gilt auch für Ausbildungsabbrecher. Wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

hat, soll bei einem Träger oder in einer berufsbildenden Schule einen öffentlich geförderten Ausbildungsplatz mit engen Bezügen zur betrieblichen Praxis erhalten.

- Wir wollen einen gerechten Zugang zu den Hochschulen ermöglichen. Jeder und jede, der oder die ein Studium aufnehmen möchte, sollte dies auch tun können. Dabei darf der Geldbeutel der Eltern keine Rolle spielen.
- Wir brauchen junge Frauen auch in typischen Männerberufen und junge Männer auch in typischen Frauenberufen; diesen Aspekt gilt es zu berücksichtigen.
- Der Übergang von der Schule ins Berufsleben muss rechtzeitig vorbereitet werden. (Erfolgreicher) Schulabschluss und Berufsorientierung müssen dabei im Vordergrund stehen.
- Alle ausbildungsfähigen Unternehmen müssen dazu beitragen, die Zahl qualifizierter Ausbildungsplätze zu erhöhen.
- Abgänger von Förderschulen brauchen die Chance zur unterstützten Beschäftigung, zur betriebsnahen Ausbildung oder zur Ausbildung in Integrationsunternehmen.
- Jugendliche sind eingeladen und brauchen Möglichkeiten und Strukturen, sich freiwillig zu engagieren. Ihr zivilgesellschaftliches Engagement, einschließlich der Mitwirkung im Bundesfreiwilligendienst, verdient positive Wertung für Ihren beruflichen Werdegang, zum Beispiel beim Zugang zu Studien- und Ausbildungsplätzen. Eine entsprechende Selbstverpflichtung der Unternehmen und des Staates ist wichtig.
- Sozialarbeit und ehrenamtliche Hilfe, z.B. in Form von Patenschaften, müssen ausgebaut und unterstützt werden.

4. Bedarfsgerecht bezahlbar wohnen in gutem Wohnumfeld.

Im Prozess des demografischen Wandels wird es Orte geben mit höchstem Druck auf die Wohnkosten und solche mit verfallenden Immobilienpreisen. Es muss das Interesse der Menschen im Mittelpunkt stehen, bedarfsgerecht und bezahlbar zu wohnen zu akzeptablen Bedingungen. Denn immer sind die Wohnung und das Wohnumfeld Bedingung für Lebensqualität.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Barrierearme (möglichst –freie) Wohnungen müssen im Neubau selbstverständlich sein, im Bestand aber dringend als zentrale Aufgabe des Umbaus erkannt werden.
- Steuerliche und Zuschuss-Förderung müssen dieses Ziel unterstützen. Das nutzt Familien, Älteren und Menschen mit Behinderungen.
- Es müssen neue Wohnformen und (barrierefreie) Quartiersstrukturen entwickelt werden, die den Neubau von stationären Einrichtungen überflüssig machen. Aktives Miteinander in der Nachbarschaft und im Quartier bewahrt Menschen in allen Lebensabschnitten auch davor, zu vereinsamen.

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

- Es muss alles getan werden, den Wohnungsbestand nicht weiter in Hände von Spekulanten und Finanzhaien geraten zu lassen. Wohnen ist kein x-beliebiges Konsumgut. Gerade Genossenschaften spielen hier eine wichtige Rolle für eine soziale Stadtentwicklung.
- Die Kommunalpolitik muss im Sinne sozialen Wohnens ihre Stadtentwicklung gestalten können. Dazu braucht sie bessere Handhabe gegen Schrott-Immobilien, die solche Stadtentwicklung belasten bis verhindern.
- Wir müssen Wohnraum zukunftsfähig gestalten – sozial gerecht, umweltschonend, bezahlbar, ökonomisch sinnvoll und barrierearm. Das Städtebauförder- und Quartiersprogramm „Soziale Stadt“ muss dazu finanziell ausgebaut und ggf. um weitere Programme ergänzt werden, um auch angesichts des Demografischen Wandels eine Vision für eine aktive Stadtpolitik des Bundes weiterzuentwickeln, die den sozialen Zusammenhalt und die Qualität der Städte als Lebensort und Wirtschaftsstandort fördert. Um ein Quartier mit hoher Lebensqualität zu entwickeln, bedarf es der Umsetzung innerstädtischer Konzepte zur Weiterentwicklung eines Quartiers. Die Verflechtung zwischen energetischer Gebäudesanierung und dem Umbau in altersgerechten und zukunftsfähigen Wohnraum ist zu verstärken.

5. Mehr erfüllte Kinderwünsche

Es macht Sinn, Familien mit aufwachsenden Kindern zusätzlich zu unterstützen, über das bisherige Maß hinaus.

Aber das Wichtigste bleibt: Sich um die Kinder zu kümmern, die wir haben. Weil es gut ist für sie und weil es potentiellen jungen Eltern Mut macht, ihre Kinderwünsche zu realisieren.

Es geht nicht um möglichst hohe Geburtenzahlen. Die Frage ist aber, ob sich in Zukunft mehr Paare Kinderwünsche erfüllen und damit auch ein ungefähres Gleichgewicht zwischen den Alterskohorten entsteht. Entscheidend ist: Potentielle Eltern dürfen nicht durch äußere Bedingungen gehindert sein, ihre Kinderwünsche zu erfüllen. Ein kinderfreundliches gesellschaftliches Klima und gezielte Förderung helfen ihnen.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Ein sicherer und guter Arbeitsplatz - mit ordentlichem Lohn - und neue, flexible Arbeitszeitmodelle sind für viele potentielle Eltern Bedingung für die Realisierung von Kinderwünschen. Genau dies erreichen aber viele junge Menschen zurzeit viel zu spät, manche nie.
- Steuerpolitik muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und nicht - wie bisher mit dem Ehegattensplitting - benachteiligen.
- Gute Strukturen mit ausreichend qualifizierten und gebührenfreien Angeboten in Kitas und Schulen müssen ganztags flächendeckend vorhanden sein, in vertretbarer Entfernung. Das muss ein Rechtsanspruch sein.

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

- Frauen und Männer sollen sich Familien- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich teilen können. Dazu wollen wir Menschen, die Teilzeit arbeiten, mit mehr Rechten ausstatten und die Partnermonate beim Elterngeld weiter entwickeln.
- Universitäten und Öffentliche Betriebe können Vorbildfunktion haben für kinderfreundliche Infrastrukturen
- Familien, die von einer Behinderung der Kinder betroffen sind, müssen durch Assistenzleistungen unterstützt werden.

6. Gute Arbeit, hohe Qualifikation.

Der Arbeits- und Fachkräftebedarf, auch der von Spezialisten, der sich mehr und mehr auftut (bis 2030 ein Rückgang um über 10%, bis 2050 um über 25%) macht es dringlich, alle Potentiale im eigenen Land zu aktivieren und sich nicht auf Produktivitätssteigerungen oder den globalen Arbeitsmarkt zu verlassen. Insbesondere Frauen, Ältere und junge Menschen brauchen zusätzliche Chancen. Die Erwerbsquote muss deutlich steigen. Die Qualifikation muss hoch sein. Für hohe Leistung muss es aber auch hohe Löhne geben. Flankiert durch einen gesetzlichen Mindestlohn. Das gehört zu Gute Arbeit dazu. Teilhabe und Gute Arbeit gehören zusammen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Berufswelt, die strukturellen Hilfen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die sich so entwickelnde partnerschaftliche Vielfalt von Familie ist eine zentrale Bedingung für das Gelingen zukunftsfähiger Politik, auch am Arbeitsmarkt.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Die Zahl der Schulabbrecher muss deutlich gesenkt werden, damit auch sie im Berufsleben ihre Fähigkeiten besser einbringen können.
- Von ganz zentraler Bedeutung ist, Frauen wirklich gleiche Chancen am Arbeitsmarkt zu geben und jede Diskriminierung bei Einstellung, Aufstieg und Lohn zu beenden.
- Das faktische Renteneintrittsalter ist in den letzten Jahren bereits angestiegen. Damit die gesetzlich vorgesehene Regelaltersgrenze langfristig erreichbar ist, müssen die Bedingungen für Ältere auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert werden.
- Hochleistungsland sein und bleiben setzt Wissenschaft und Forschung und Entwicklung voraus, auch das Können und die Solidität von Handwerk. Politik hat die Mitverantwortung auf allen Ebenen.
- Dazu gehört auch, prekäre Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und damit auch die Illusion, billige Arbeit könne für den Einzelnen oder für die Volkswirtschaft nachhaltig sinnvoll sein.

7. Zuwanderung bleibt nötig und braucht eine Willkommens- und Anerkennungskultur.

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

Freizügigkeit innerhalb der EU für Wohnort und Arbeitsstelle ist schon weitestgehend gegeben. Aber der Blick auf den EU-Arbeitsmarkt muss geschärft und ergebnisorientierter werden.

Und die weitergehende Einwanderung muss systematischer organisiert und besser geregelt werden als bisher. Dazu gehört eine Willkommenskultur für Einwanderinnen und Einwanderer. Aber wir brauchen auch eine Anerkennungskultur für alle Zugewanderten, die schon seit Jahren rechtmäßig hier leben. Anerkennung der kulturellen Identität, der Fähigkeiten und Leistungen, fördert das Gefühl des Dazugehörens für die, die hier sind und die die noch kommen.

Das Thema Auswanderung verdient größere Beachtung, wobei Aus- und Zuwanderung in der Mobilität dieser Zeit an Normalität gewinnen und ein Beitrag sind zur internationalen Zusammenarbeit.

Und es muss Regelungen für den Umgang mit Asylbewerberinnen und -bewerbern geben, die dem Anspruch der Menschenrechte voll genügen. Und dies gilt für die ganze EU.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Ein Fortentwicklung des Aufenthaltsgesetzes, die sich am Bedarf im Land orientiert, die aber die Nutzung eigener Potentiale nicht konterkariert.
- Wer so zuwandert, gehört (einschl. Familie) von Anfang an voll dazu.
- Vorhandene Abschlüsse von EU- und Nicht-EU-Bürgern müssen einfacher anerkannt werden können.
- Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen. Das Wahlrecht im kommunalen Bereich auf Nicht-EU-Bürger erstrecken.
- Auswanderung darf nicht diskriminiert werden. Trotzdem ist es vernünftig, verstärkt auf die Motive dafür zu achten und Menschen mit Wissen und Können, die für unser Land wichtig sind, nicht leichtfertig auswandern zu lassen, sondern ihnen hier Chancen eröffnen zu helfen
- Das Verhalten der EU gegenüber asylsuchenden Menschen –beispielsweise im Mittelmeerraum- ist auch in unserer Mitverantwortung, auch wenn wir ohne europäische Außengrenzen sind. Deutschland muss diese Entwicklungen sensibel und kritisch begleiten.

8. Bildung, immer ein Prozess.

Bildung erhält lebendig. Das ist lebenslang so. Und die Fähigkeit, sich zu bilden, also informiert zu sein, Neues zu erfahren, zu denken, Zusammenhänge zu begreifen, zu lernen, besteht lebenslang. Sie ist nicht an Alter gebunden und nicht reduziert auf die betriebsbezogene Zusatz-Qualifizierung, so wichtig diese auch ist.

Die neuen Kulturtechniken bei Information und Kommunikation sind von epochaler Wirkung. Sie nicht zu beherrschen, ist ein Nachteil; das gilt auch für Ältere und Alte und für Menschen mit Behinderung.

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Weiterbildung muss endlich ein vollwertiger Baustein in unserer Bildungspolitik sein.
- Es macht Sinn, einen zusätzlichen, gesetzlich garantierten und ausführlichen allgemeinen und beruflichen Bildungsgang anzubieten, gebunden an die mittlere Lebensphase.
- Lebens- und Arbeitsbiografien müssen die Möglichkeit des vollen Berufswechsels beinhalten, in den neuen Altersstrukturen immer mehr.
- Für die Jungen ist der Umgang mit der neuen Informations- und Kommunikationstechnik selbstverständlich. Für die Älteren und Alten müssen Möglichkeiten gegeben werden, mindestens den lebenspraktischen Umgang mit dieser neuen Kulturtechnik zu erlernen. Menschen mit Behinderung sollen barrierefrei an diesen Geboten teilhaben können.

9. Lebensqualität in jeder Lebensphase.

Jedes Alter ist Teil des Lebens und es wäre ein Missverständnis und Ärgernis, Leben auf das Vorbereiten des Alters reduzieren zu wollen. Prävention – vernünftig leben, Krankheit vorbeugen- ist gut für jetzt, für morgen und für sehr viel später. Die Lebensläufe werden sehr unterschiedlich bleiben. Lebenskompetenz, Selbstbewusstsein, Entspannung sowie der Umgang mit Stress und Konflikten muss früh erlernt werden, um Kinder stark zu machen. Aber immer und für alle gilt: sich bewegen, sich gesund ernähren, aktiv sein, sich gesellschaftlich engagieren, - das alles erhöht die Lebensqualität jetzt und stärkt die Chance, relativ gesund älter und alt zu werden. Das Ziel heißt: Lebensqualität in jeder Lebensphase.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Mit einem Präventions-Gesetz muss diese Thematik gründlich angegangen werden, weil sich damit eine hohe Relevanz für zukünftige Gesundheits- und Rehakosten verbindet, -aber eben auch Lebensqualität, immer.
- Auch die Stützung des Breitensports von Klein an bis ins Alter ist ein wichtiger Aspekt dieser Thematik. Das gilt gerade auch für Menschen mit Behinderungen.
- Stärkung der Lebenskompetenz durch einen umfassenden Präventionsansatz, - dies bereits in Kita und Schule inklusiv und nachhaltig zu organisieren, ist wichtig.

10. Potentiale des Alters.

Jedes Leben hat seinen individuellen Verlauf. Einiges ist vorgeprägt, aber das meiste ist selbstbestimmt oder durch die Lebensumstände verursacht.

Insgesamt ist eindeutig: Wir werden relativ gesund alt, es gibt –im Vergleich zu früheren Generationen- gute zusätzliche Jahre zur freien Gestaltung dieser

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

Lebensphase obendrauf. Zeit zum Genießen und für alles, was einem besonders wichtig ist.

Die Mitverantwortung für das Gelingen der sozialen Gesellschaft endet nicht mit dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben. Aber das ist keine Last, sondern eine Chance für ein aktives selbstbestimmtes Altern. Auch weil Menschen im Älterwerden und im Alter lernfähig bleiben.

Nicht wenige ältere und alte Menschen bringen ihr Wissen und Können und ihre Zeit freiwillig in Form bürgerschaftlichen Engagements ein und beteiligen sich so an organisierter Solidarität, die sich oft mit der Arbeit von Vereinen, Verbänden und Initiativen im politischen, freien gesellschaftlichen, speziell sozialen und kirchennahen Bereich verbindet, - das alles mit hohem Gewinn für viele Menschen. Das ist der Kitt unserer Gesellschaft.

Die Menschen sind insgesamt engagierter geworden, auch pragmatischer und teilweise kritischer. Sie bevorzugen für ihr zivilgesellschaftliches Engagement oft überschaubare Projekte und kurze Fristen für verbindliche Mitarbeit.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Ältere und alte Menschen nutzen ihre Zeit für sich, ihre Familie, den Freundeskreis, das Ehrenamt. Das ist ein großer praktischer und positiver Beitrag zur Sozialen Gesellschaft. Dazu muss ermutigt und so ein wichtiges Instrument kommunaler Entwicklungsstrategie aufgebaut werden.
- Der Nachwuchs für das Ehrenamt darf nicht versiegen und dafür muss rechtzeitig geworben werden. Auch durch Wertschätzung und Anerkennung ausdrücklicher Art.
- Teilhabe und Teilnahme der älteren Generation am aktiven gesellschaftlichen und politischen Leben muss selbstverständlich sein, also auch möglich und willkommen. Dies auch durch konkrete Partizipation an kommunalpolitischer Meinungsbildung.
- Ehrenamt braucht Struktur. Ehrenamtsbüros und -börsen können als Anlaufstellen dienen, welche die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern zum bürgerschaftlichen Engagement - für alle Lebensbereiche - sammeln und Angebote gezielt vermitteln.

11. Sicherheit in allen Lebensphasen

Sicherheit ist ein zentrales menschliches Bedürfnis in allen Lebensphasen. Sicherheit gibt Menschen persönliche Selbstgewissheit, Zuversicht und Lebensfreude. Denn Sicherheit ist immer auch Garantie, keine Angst haben zu müssen. Keine Angst um seine körperliche Unversehrtheit, keine Angst vor Diskriminierung, keine Angst vor Unterdrückung und Übervorteilung.

Jede Form von gesetzlich nicht legitimierter Gewalt ist verboten. Jeder Beitrag zur Stärkung der Sicherheit ist wichtig und unterstützenswert.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

- Hinsehen, Gewalt nicht ignorieren und nicht tolerieren, Hilfe suchen, -das sind zivilgesellschaftliche Tugenden in der Demokratie, die der Staat mit seinen grundgesetzlichen Rechten, seinen Institutionen und Instrumenten unterstützen kann und muss.
- Schutz vor Gewalt auf der Straße, in der Wohnung, vor Diebstahl und vor Diskriminierung erfordert wirksame Sicherheitsstrukturen in den Städten.
- Menschen mit Behinderung sind einem besonderes hohen Risiko von Gewalt und Missbrauch ausgesetzt, Frauen in besonderem Maße. Hier müssen bestehende Ansätze zur Prävention gebündelt werden.
- Schutz vor Übervorteilung in Fragen von existenzieller Bedeutung wie der sozialen Absicherung durch gute Beratung und Aufklärung im Sinne zielführenden Verbraucherschutzes.
- Die Verkehrssicherheit für Ältere und Menschen mit Behinderung zu verbessern, gehört zu den notwendigen Maßnahmen dazu. Barrieren, unnötige Treppen und zu kurze Ampelschaltungen sind Beispiele für bisher unzureichende Rücksichtnahme auf Betroffene.

12. Sicherheit meint auch soziale Sicherheit.

Ohne Sozialstaat geht es nicht. Der Staat – Bund und Länder – muss im Demografischen Wandel das Miteinander der Generationen möglich machen und dazu sozialstaatliche Regeln setzen und garantieren.

Eine der häufigen Fragen an den Demografischen Wandel ist, ob und wie trotz erheblich veränderter Bevölkerungszahl und Altersstruktur soziale Sicherheit gewährleistet bleibt.

Die Frage geht an alle Generationen und die ganze Gesellschaft. Denn was heute in Bildung und Erziehung, Ausbildung und Qualifizierung, in Forschung und Entwicklung investiert wird, entscheidet wesentlich und nachhaltig mit über Leistungsfähigkeit und Wohlstandssicherung im Land und über das Volumen dessen, was gerecht verteilt werden kann und muss. Die Entwicklung aller Generationen ist aufeinander bezogen und alle Generationen sind von dieser Entwicklung betroffen.

Hier soll ein einziger zentraler Punkt hervorgehoben werden:

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Gute Löhne in Guter Arbeit sind entscheidend für soziale Sicherheit, auch im Alter. Billiglöhne und systematische Vermeidung von Sozialversicherungsbeiträgen passen nicht zum System des verlässlichen Sozialstaates, denn sie zerstören die Kraft und die Balance der Sicherungssysteme. Dies ist eine zentrale Frage für die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates überhaupt.

13. Assistenzen sind wichtig, menschliche ganz besonders.

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

Es gibt bereits viele technische Assistenzen, die z.B. altersbedingt hilfebedürftigen Menschen sehr nützlich sind. Andere sind in der konkreten Entwicklung. Neue Ideen sind willkommen.

Aber klar ist doch und essentiell: Nicht-technische Probleme lassen sich nicht technisch lösen. Menschliche Zugewandtheit ist das Wichtigste: Einsamkeit ist schlimm. Leider ist sie aber in unserer insgesamt zeitreichen Gesellschaft noch weit verbreitet.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Menschliche Assistenz ist wichtig, sie gilt es auszubauen. Das Berufsbild der 'Persönlichen Assistenz' muss entwickelt werden. Es bedarf tariflicher Standards für diese Tätigkeit. Es muss sie in allen Lebensbereichen geben, egal ob bei der Arbeit, für die Pflege oder die soziale Teilhabe. Egal ob für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung. Persönliche Assistenz ist wichtig, um Vereinsamung zu verhindern und gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Sie soll gesellschaftlich akzeptiert und vernünftig bezahlt werden.

14. Betreuung und Pflege.

Gemessen an heute, wird sich die Zahl der Betreuungs- und Pflegebedürftigen geschätzt verdoppeln, denn die Zahl der älteren und alten Menschen wird sich auch mindestens verdoppeln.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewinnt an dieser Seite des Lebens noch größere Bedeutung und braucht verbindliche Unterstützung. Denn die Familie ist auch an dieser Stelle – bei aller Vielfalt und Mobilität in der Lebensweise – immer noch die zentrale gesellschaftliche Gemeinschaft, die solidarisch verbunden ist.

Viele Paare werden miteinander alt und stehen irgendwann vor der Frage, ob man sich gegenseitig betreuen und pflegen kann und wie weit. Angehörige brauchen Unterstützung beim Erlernen von Betreuung und Pflege, auch damit sie nicht selbst von der Aufgabe überfordert werden.

Eine besondere Herausforderung verbindet sich mit der Altersvergesslichkeit, mit der Demenz.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Qualifizierte, umfassende und interessenneutrale Beratung vor Ort ist geboten. Ausreichend Kontakt und soziale Netzwerke aller wichtigen Akteure sind erforderlich. Es gibt längst viele gute Ansätze, aber die Aufgabe wächst und teils grundsätzliche, teils punktuelle Verbesserungen sind nötig.
- Das Beratungsangebot an die Bürgerinnen und Bürger für diesen Lebensabschnitt müssen die Kommunen nicht zwingend selbst zur Verfügung stellen, aber sie müssen gewährleisten, dass es das gibt und dass die Beratung Qualitätsstandards genügt. Das Beratungsangebot ist auch in enger Verbindung zur Idee der Pflegestützpunkte zu sehen. Den Rechtsanspruch auf Beratung müssen Bürgerinnen und Bürger auch einlösen können.

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

- Wer sich um pflegebedürftige Menschen kümmert, muss deren Bedürfnisse kennen. Das gilt natürlich auch für Migrantinnen und Migranten. Fortbildungsmöglichkeiten für kultursensible Altenhilfe und Pflege ist erforderlich.
- Es muss ehrgeiziges Ziel sein, forschend und praktizierend mit großem Einsatz die Ausbreitung von Krebs und Demenz einzudämmen und zu reduzieren.
- Von herausragender Bedeutung ist die Weiterentwicklung der Pflegeberufe. In der Bildungslandschaft Pflege muss Durchlässigkeit von den HelferInnen- bis zu den Studienabschlüssen gelten. Pflege tritt bei der Berufswahl junger Menschen zukünftig noch stärker als bisher in Wettbewerb zu anderen Branchen. Wir brauchen eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung, brauchen „Gute Arbeit“ und angemessenere Entlohnung des hauptamtlichen Personals in den Gesundheits- und Pflegeberufen.

15. Abschiedskultur.

Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich deutlich auch an der Art des Umgangs mit der letzten Lebensphase, dem Sterben. Zeigt sich daran, ob die Würde des Menschen, jedes Einzelnen, bis zum Schluss garantiert ist. Im Interesse des Patientinnen- und Patientenwohls brauchen wir eine neue Sterbekultur, in den Krankenhäusern und generell.

Hierzu gehört auch, sensibler auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen einzugehen, die aus anderen Kulturkreisen zu uns gekommen sind.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Die Hospiz- und Palliativdienste –stationär und ambulant- sind eine großartige Einrichtung, die gerade in der letzten Lebensphase für Sterbende und Hinterbliebene eine wichtige Hilfe bedeutet. Leider sind sie aber noch längst nicht überall vorhanden. Sie müssen für alle offen stehen und flächendeckend arbeiten können.
- Aspekte einer neuen Sterbe- und Abschiedskultur sollen auch Gegenstand der unter Punkt 14. geforderten Beratungsstruktur sein.

16. Soziale Gesellschaft im Sozialstaat.

Ohne Sozialstaat geht es nicht. Das umfasst die Sozialversicherungen, die Bildung und die Arbeitswelt, das Wohnen und andere Aspekte der Daseinsvorsorge.

Aber die Stadt braucht auch die Soziale Gesellschaft. Diese anzuregen und zu ermöglichen, ist eine zentrale kommunale Aufgabe. Diese kann um so eher gelingen, je mehr Bürgerinnen und Bürger im Sinne subsidiären Handelns ihren konkreten Beitrag leisten. Die Familie an erster Stelle.

Wo Bürgerinnen und Bürger einbezogen sind und eine Kultur der Beteiligung entsteht, wachsen die Identifikation und das Verantwortungsgefühl der Menschen für ihr Dorf, ihren Stadtteil, ihre Stadt. Einfacher gesagt: Es wächst Heimat. Dazu als Politik aktiv

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

beizutragen, lohnt sich. In Städten und Gemeinden, in denen Bürgerengagement lebendig ist, entwickelt sich viel kreative und motivierende Energie.

Im Prozess des demografischen Wandels gewinnt die Kommune an Gewicht, auch die Kommunalpolitik.

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Vor Ort erleben Menschen Demokratie ganz unmittelbar. Die Idee der Demokratie verbindet sich hier auch mit Parteien und Bürgergruppen und Initiativen und mit Kommunalpolitik in Rat und Verwaltung. Kommunalpolitisches Engagement ist tragende Säule unserer Demokratie. Auch dieses verdient Anerkennung und Dank.
- Das Ehrenamt – also gesellschaftliches Engagement - hat in unserer Gesellschaft große Tradition und auch heute schon Millionen Mitmacherinnen und Mitmacher. Das muss so bleiben und kann ausgebaut werden im Sinne organisierter Solidarität. Alle Generationen sind gefragt, eingeladen und aufgefordert. Freiwillige Soziale Dienste und Jahre sind ein Teil davon.

17. Die Zukunft liegt in der Region – vom Dorf bis zur Metropol-Region.

Kommunen tragen die Gesamtverantwortung für die Daseinsvorsorge vor Ort. Das ist auch jetzt schon eine Aufgabe, die bei zahlreichen Kommunen die organisatorischen und finanziellen Kräfte deutlich übersteigt. Auch weil wichtige soziale Arbeiten nicht als Pflichtaufgaben anerkannt sind und sich bei gegebener Kassenlage eine Finanzierung ausschließt. Die Kürzungen von Schwarz-Gelb bei der Stadtpolitik erschweren die Situation. Den betreffenden Kommunen selbst fehlen die Voraussetzungen, sich mit eigener Kraft aus dieser misslichen Lage zu befreien. Sie sind auf eine weitergehende Stabilisierung staatlicherseits angewiesen.

Bei dieser schwierigen Ausgangslage verstärken sich nun Jahr für Jahr die Wirkungen des Demografischen Wandels, die wiederum die Kommunen – Dörfer, Städte, Metropolen – sehr unterschiedlich betreffen. Alle Kommunen werden deutlich mehr ältere Mitbürger haben, einige aber nur noch wenige Kinder, einige exorbitante Mietpreise, andere unverkaufbare Leerstände. Es wird alles geben: Von der ungebremsten Dynamik bis zum massiven Schrumpfen. Vom teuren Getümmel bis zur auch teuren Leere und vieles dazwischen.

Klar ist: Ohne voll handlungsfähige Kommunen kann eine vernünftige Gestaltung des Demografischen Wandels nicht gelingen.

Es müssen Konsequenzen gezogen werden: Es muss eine bereichsübergreifende Gestaltung und Vernetzungsbereitschaft und eine neue kommunale Standortbestimmung geben. Die Kommunen bedürfen der Unterstützung von Bund und Ländern, um die Zukunft vor Ort in allen Bereichen - Wohnen, Wohnumfeld, Verkehr, Infrastruktur auf und unter der Erde, Mobilität, Bildung, Kultur, neue Medien, Freizeit, Kommunikation, Gesundheit, Vorsorge, soziale Netzwerke ... - aktiv und nachhaltig gestalten zu können.

Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Projekt heißt Zukunft

Diese wachsende Bedeutung der kommunalen Gestaltungskraft für das Gelingen des Demografischen Wandels ist unübersehbar.

Große Städte haben im Demografischen Wandel größere Chancen auf Bevölkerungszunahme und Wachstum, ländlichen Räumen droht eher das Schrumpfen. Aber die Lebenswirklichkeit ist auch hier viel differenzierter und bunter. Es gibt auch große Städte, die drastisch verlieren und ländliche Räume mit kleinen Gemeinden, die gut durch die Zeit kommen. Zukunft liegt in der Region. Die Fähigkeit und Bereitschaft zur Bündelung der Kräfte und zu Zusammenarbeit ist entscheidend.

Deshalb braucht Deutschland

- *eine politische, strukturelle und finanzielle Stärkung der Kommunen und in dem Zusammenhang einen Bedeutungszuwachs für sie im staatlichen Gefüge.*
- *Impulse für den zielgerichteten Aufbau organisierter Regionen.*

Handlungsfelder, Vorschläge, Forderungen:

- Die kommunale Finanzreform ist - anders als von der Bundesregierung sagt - mit den bisherigen Regelungen noch nicht abgeschlossen; sie muss fortentwickelt werden
- Der Bund hat eine Mitverantwortung gegenüber denjenigen Regionen Deutschlands, die sich aus ihrer strukturell bedingten schweren Schuldenlage nicht mit eigener Kraft befreien können und die nun zunehmend mit den Herausforderungen des Demografischen Wandels konfrontiert werden. Die Kluft zwischen den Regionen im Land wird sich zusätzlich verschärfen, zum Schaden des ganzen Landes und der Demokratie vor Ort. Auf diese Entwicklung muss eine Antwort gefunden werden - auch im Sinne einer vernünftigen Gestaltung des Demografischen Wandels.
- Regionen brauchen ein Gestaltungsbudget „Soziale Stadt“ dauerhaft, mit dem sie Aufgaben wie die „Soziale Beratung“ (s. Punkt 14) und regionalspezifische Maßnahmen und Strukturen selbstverantwortlich gestalten können.
- Die Instrumente der Raumordnung, Regionalplanung und Stadtentwicklung sind zügig auf ihre Brauchbarkeit für die Aufgaben im Rahmen des Demografischen Wandels zu überprüfen.
- Neue Vernetzungen, strategische Allianzen der örtlichen Bildungsträger, Wohnungsunternehmen, Mobilitätsanbieter sind notwendig. Eine intelligente Sozialarchitektur ist ohne diese Bereitschaft zum konstruktiven Miteinander nicht möglich.